

Von Bernhard Lohr

Alois Ritter steht am Grab seiner Mutter. Zumindest dort, wo man es vermutet. Ein goldfarbener Stein markiert die Stelle. Soeben haben sein Sohn Kurt und seine Enkelin Valerie mit Hammerschlägen eine Tafel in den Boden gerammt, auf der ein Foto das Bild seiner Mutter Maria zeigt, Bäuerin aus Geroltsbach mit fünf Kindern, geboren am 26. Februar 1898 in Hohenzell, gestorben am 5. Mai 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar. 29 Kilo habe sie bei ihrem Tod gewogen, sagt Urenkelin Valerie mit leicht brüchiger Stimme. Und klar und deutlich: „Ich würde mir von der Anstaltsleitung von Herzen wünschen, dass sie sich was überlegen, wie sie diesen Wald würdevoll gestalten.“

In diesem Moment am Freitagnachmittag herrscht auf dem früheren Anstaltsfriedhof am Rande des heutigen Isar-Amper-Klinikums völlige Stille. Etwa 80 Personen sind einem Aufruf der Gedenkinitiative für die Münchner „Euthanasie“-Opfer gefolgt, um unter den hohen Bäumen in dem zugewachsenen Gelände, auf dem nur wenige Gräber markiert sind, an die mehr als tausend NS-Opfer zu erinnern, die dort zwischen 1939 und 1945 bestattet wurden; alles Psychiatrie-Patienten, die Ärzte und Pflegekräfte in Hungerhäusern mit Nahrungsentzug und Medikamenten umgebracht haben.

**Jörg Skriebeleit nennt die früheren Anstalten „gewordene“ Tatorte**

Die damalige Anstalt Eglfing war in der NS-Zeit in Bayern zentraler Ort für die Ermordung von Menschen, deren Leben als unwert angesehen wurde. Dorthin wurden sie von kleineren Einrichtungen überwiesen. Am 18. Januar 1940 ging von Haar aus der erste Transport in eine Tötungsanstalt, 25 Männer wurden noch am selben Tag im württembergischen Grafeneck vergast. Der Tag gilt als Beginn der sogenannten T4-Aktion, bei der systematisch kranke Menschen selektiert und umgebracht wurden, mehr als 1000 Frauen, Männer und Kinder etwa in Hartheim bei Linz.

Als der Widerstand der Kirchen wuchs, ging das Morden direkt in Anstalten wie Haar bis Kriegsende weiter. Offenkundig schwächte man sogar schon 1939 und Anfang 1940 Patienten durch Nahrungsentzug. Laut Maria Ritters Enkelin kamen schon mehr als zwei Jahre vor dem Hungerkosterlass des bayerischen Innenministeriums grausam Patienten zu Tode.

Das Isar-Amper-Klinikum sieht sich als Vorreiter bei der Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Vor dem Hauptgebäude erinnert ein Transparent daran, dass Personal den späteren Artikel 1 des Grundgesetzes grob missachtete, wonach die Würde des Menschen unantastbar ist. Mehr als 4000 Namen sind aufgelistet – die Gesamtzahl der Opfer, die in Zusammenhang mit Haar zu Tode kamen. Es gibt Gedenkorte auf dem Klinikgelände und Gedenkveranstaltungen. Und die Aufstellung der Tafel von Maria Ritter und drei weiteren Ermordeten, die auf dem Friedhof beigesetzt worden sind, findet am Freitag in der Pause einer Tagung statt, bei der Fachleute, Mitarbeiter der Klinik, Angehörige und ehemalige Psychiatrie-Patienten über angemessenes Erinnern diskutieren.

Der Ärztliche Direktor Peter Brieger ist mitgekommen zu dem Gedenkmarsch auf den Anstaltsfriedhof. Die Frage der Urenkelin, warum der Friedhof so verwaist ist, greift er direkt auf: „Wir haben das noch nicht gemacht, aber wir haben viel gemacht.“ Er sei seit 2016 an der Klinik und versuche, die Erinnerungsarbeit sichtbar und wirksam im Klinikalltag zu etablieren. Deshalb das Transparent am Eingang, wo es 3000 Besucher der Klinik jeden Tag sehen. Es gebe auch ein Konzept für einen erweiterten Gedenkort, an dem die Namen aller Ermordeten noch klarer gezeigt werden sollen.

Diese Bemühungen heben sich laut Sibylle von Tiedemann vom NS-Dokumentationszentrum Haar von anderen Kliniken wie etwa Mainkofen ab, an denen ebenfalls Verbrechen begangen wurden. Jörg Skriebeleit, der die KZ-Gedenkstätte Flossen-



Valerie und Kurt Ritter berichten bei der Gedenkstunde auf dem früheren Anstaltsfriedhof am Grab der Urgroßmutter und der Großmutter Maria Ritter von deren Leidensweg. FOTOS: CLAUD SCHUNK

# Die Mordopfer vom Anstaltsfriedhof

Die Erinnerung an die NS-„Euthanasie“-Verbrechen wird in Haar weiter aufgearbeitet. Mehr als tausend anonyme Gräber blieben indes bisher unbeachtet.



bürg leitet und das Isar-Amper-Klinikum bei der Erinnerungsarbeit berät, sagt bei der Tagung, an den zu „Mordstätten“ umfunktionierten früheren Fürsorgeanstalten seien Arztzimmer zu Selektionsräumen, Krankenstationen zu Sterbe- und Mordzonen umfunktioniert worden. Türe, Tore, Auffahrten und Wege seien zu Deportationsetappen mutiert, Pathologien und Prosekturen zu Verwertungskomplexen menschlicher Überreste und Anstaltsfriedhöfe zu Entsorgungsarealen. Nach dem Krieg seien die Anstalten weiterbetrieben worden, die Verbrechen habe man verdrängt. Erst spät hätten manche Kliniken gerade auf den Anstaltsfriedhöfen Gedenkorte eingerichtet, die wenig Beachtung gefunden hätten. In der großen Anstalt in Haar geschah gerade das nicht.

Eine zentrale Frage der Tagung ist die von der Gedenkinitiative Münchner Opfer 2019 unter anderem aufgeworfene Problematik, dass an ehemaligen Tatorten heute Patienten behandelt werden. Skriebeleit verteidigt das und nennt die früheren Anstalten „gewordene“ Tatorte im Gegensatz zu Konzentrationslagern als Terrororte „per se“. Die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann bezeichnet Gedenken an den ehemaligen Tatorten als wichtig. Diesen Orten wohne eine „enorme Bindungskraft“ inne, sie fungierten als „Kontaktzonen“ und schlugen Brücken in die Vergangenheit.

So wie jetzt die Tafel, die laut Tiedemann an dem provisorisch markierten Grab an Maria Ritter erinnert. Deren jüngster Sohn Alois Ritter, heute Mitte 80, folgt



Jörg Skriebeleit (unten links), Leiter der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, berät das Isar-Amper-Klinikum beim Aufbau seiner Erinnerungsarbeit. Die Familie mit Alois Ritter (rechtes Bild, Zweiter von rechts) kommt den Ärztlichen Direktor Peter Brieger (links) mit dem Wunsch konfrontieren, das Gedenken auf dem Friedhof würdig zu ermöglichen.

sichtlich bewegt den Worten seiner Enkelin Valerie. Eine weitere Tafel steht auf dem Friedhof für die Schauspielerin Emmy Rowohl, die kurz mit dem Verleger Ernst Rowohl verheiratet war und am Münchner Nationaltheater und an den Kammerspielen auftrat. Sie starb in Eglfing am 28. September 1944. Johann Meixner stand bereits auf einer Deportationsliste, als ihn seine Mutter am 30. Oktober 1940 aus der Heil- und Pflegeanstalt in Haar holte und vor der Gaskammer bewahrte. Später wurde er wieder in die Anstalt eingeliefert, dort starb er am 20. Juni 1943. Auch Zwangsarbeiterinnen, die verschleppt und dann ermordet wurden, liegen in Haar begraben. Etwa Ekaterina Terschichina aus der Ukraine, die am 31. Juli 1943 starb.

## Reaktor auf dem Prüfstand

Verwaltungsgerichtshof behandelt eine Klage des Bundes Naturschutz.

Ob der Forschungsreaktor FRM II in Garching dieses Jahr wieder hochgefahren werden kann, entscheidet sich möglicherweise am Montag. Dann verhandelt der 22. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs in München über eine Klage des Bundes Naturschutz (BN) gegen den Freistaat Bayern. Ziel der Klage ist, den Freistaat per Atomaufsicht zum Einschreiten gegen den Betrieb des Reaktors mit hoch angereichertem Uran zu bringen.

Der Bund Naturschutz beruft sich darauf, dass die Betriebsgenehmigung für den Garching Reaktor aus dem Jahr 2003 eine Verpflichtung zur Umrüstung auf Brennelemente mit einem niedrigeren Anreicherungsgrad enthalte; diese hätte demnach spätestens bis zum 31. Dezember 2010 erfolgen müssen. „Dies ist bis heute nicht geschehen, und die Bayerische Atomaufsichtsbehörde hat dies auch nie eingefordert“, wirft der BN der Staatsregierung vor. Der Bund Naturschutz hat daher im Mai 2020 Klage eingereicht.

**Es wird dauern, bis eine Alternative einsetzbar ist**

„Wir nehmen es nicht hin, dass der Reaktor in Garching weiterhin mit diesem hochgefährlichen Brennstoff betrieben wird“, erklärt dazu der BN-Vorsitzende Richard Mergner. „Die atomrechtliche Genehmigung ist glasklar und hat einen Betrieb nur bis Ende 2010 erlaubt.“ Mit einer Vereinbarung zwischen Freistaat und Bundesregierung, die einen Weiterbetrieb bis 2018 beinhaltete, habe sich die Staatsregierung über die Regelung hinweggesetzt. Betrieben wird der Reaktor in Garching von der Technischen Universität (TU) München.

Juristisch geht es im Wesentlichen um die Frage, ob es sich bei der geforderten Umrüstung um eine Inhaltsbestimmung der Genehmigung handelt oder lediglich eine Auflage. Der BN hat dazu ein Gutachten erstellen lassen. Dieses kommt zu dem Ergebnis, dass das bayerische Umweltministerium als Atomaufsichtsbehörde zwingend hätte einschreiten müssen. Der Freistaat Bayern hält die Fristsetzung dagegen für unwirksam und weist darauf hin, dass es trotz internationaler Forschungsanstrengungen unter Beteiligung der Technischen Universität München bisher nicht gelungen sei, einen geeigneten niedriger angereicherten Brennstoff zu entwickeln.

Atomexpertin Karin Wurzbacher sieht dahinter den Versuch, „der Klage Wind aus den Segeln zu nehmen“. Generell begrüße der Bund Naturschutz es natürlich, wenn die TU „endlich an einem neuen Brennstoff arbeite“. Aber das könne sich als „trotzdem“ erweisen, konstatiert die Physikerin: „Über Jahrzehnte hat die TU einen Brennstoff mit dieser niedrigen Anreicherung als technisch unmöglich bezeichnet. Für den jetzt propagierten Brennstoff liegt noch keine Qualifizierung vor.“ So müssten zunächst Tests vorgenommen werden, erst danach könne ein Genehmigungsverfahren beginnen. Schließlich müsste noch eine industrielle Fertigungsline für den Brennstoff aufgebaut werden. „Selbst in dem optimalen Fall, dass die Tests erfolgreich wären und die Genehmigung tatsächlich erteilt werden könnte, ist auch nach offiziellen Angaben frühestens im nächsten Jahrzehnt mit einer Umrüstung zu rechnen“, so Wurzbacher.

Der Reaktor der TU in Garching ist seit seiner Inbetriebnahme in den 1990er-Jahre umstritten. Atomkraftgegner werfen der Technischen Universität vor, dort entgegen internationaler Bemühungen mit hochgefährlichem, weil atomwaffentauglichem Uran zu arbeiten. Wegen einer Panne ist der Forschungsreaktor seit 2020 nicht in Betrieb. Die TU beabsichtigt allerdings, den Reaktor Ende 2024 wieder hochzufahren – dann wieder mit hoch angereichertem Uran. **Lars Brunchhorst**

## Schneise der Verwüstung

Ein 33-Jähriger hat am frühen Freitagmorgen versucht, sich einer Verkehrskontrolle zu entziehen und dabei eine Schneise der Verwüstung durch Berg am Laim gezogen. Der Mann fuhr gegen 1.30 Uhr auf dem Schatzbogen in Richtung Kreillerstraße, als ihn Polizeibeamte anhalten wollten. Daraufhin gab der 33-Jährige Gas, überfuhr mehrere rote Ampeln und die Kreillerstraße in den Talerweg hinein. Dort verlor er die Kontrolle über sein Fahrzeug, kollidierte mit sieben geparkten Autos, zwei Holzzäunen und einem Mülltonnenhäuschen. Der Gesamtschaden beläuft sich nach Angaben der Polizei auf mehrere 10 000 Euro. Der Mann erlitt Schürf- und Schnittwunden, die Polizei stellte eine Alkoholisierung von 1,4 Promille fest. Zudem besaß er keine Fahrerlaubnis. **MOE**

**KORREKTUREN**

» Im Artikel „Neue Idee für Tram durch den Englischen Garten“ auf der Seite R7 vom 12. Juni war die auf dem Foto abgebildete Brücke als John-F.-Kennedy-Brücke bezeichnet. Zu sehen war allerdings eine Fußgängerbrücke über den Mittleren Ring. Die John-F.-Kennedy-Brücke führt dagegen den Mittleren Ring über die Isar. **SZ**

## Kein Gras am Schilf

Die Stadt Garching erlässt für das Musikfestival „Schall im Schilf“ eine Bannmeile, in der der Konsum von Cannabis und Alkohol untersagt ist.



Tausende Besucher kommen jeden Sommer zum Open-Air-Festival „Schall im Schilf“ am Garchingsee – hier in einer Aufnahme von 2017. FOTO: STEPHAN RÜMPF

nach die Arbeit zu erleichtern. In Vorjahren haben Besucher auf dem Weg zum Festival am Garchingsee gerne das eine oder andere Bierchen zum Vorglühen getrunken und die leeren Flaschen dann einfach rücksichtslos in die Landschaft geworfen.

**Das Festival zieht Fans von elektronischer Musik an**

Laut der Sitzungsvorlage des Rathauses an die Stadträte nehmen „Alkohol und andere Drogen“ zudem direkten, meist negativen Einfluss auf das „Gemüt“ der Besucherinnen und Besucher des Festivals. Mit der Allgemeinverfügung soll das zumindest im direkten Umfeld des Veranstaltungsgeländes verhindert werden. Bei dem Garching Musikevent selbst gibt es freilich Verkaufsstände, die sowohl alkoholfreie Getränke als auch Cocktails und anderes anbieten – allerdings nur in Plastikbechern und zu höheren Preisen. Dass die Stadt mit der Bannmeile Flaschenhaufen auf öffentlichen Grünflächen vorbeugen möchte, kann Grünen-Stadtrat Adolf nach eigenen Worten zwar noch nachvollziehen.

Dass man mit der Verfügung aber auch Joints verbant, „die ja keine Scherben verursachen“, sei aber „kleinkariert“. Nach Auffassung von Garchings Bürgermeister Dietmar Gruchmann (SPD) dient die Allgemeinverfügung mit dem Cannabis-Verbot in gewisser Weise auch den Veranstaltern. So solle verhindert werden, dass sich junge Leute, die kein Ticket gekauft haben, außerhalb der Absperrung zum Beispiel an den See oder einen anderen Ort in der Nähe setzen „und einen durchziehen“. Von den Veranstaltern gab es am Freitag keine Reaktion.

Was vor 14 Jahren als eine private Abschlussparty von Absolventen des Werner-Heisenberg-Gymnasiums begonnen hatte, hat sich im Laufe der Zeit zu einem festen Termin für Fans von elektronischer Musik entwickelt. Zu Gast sind lokale Größen und international bekannte DJs. Drei Bühnen sind am See aufgebaut. Das „Schall im Schilf“ findet heuer am Samstag, 27. Juli, statt. Erwartet werden an die 10 000 Besucher. Beginn ist um 12 Uhr, das Ende ist für 1 Uhr nachts vorgesehen. Tickets sind ausschließlich im Vorverkauf zu bekommen; wenn die Veranstaltung ausverkauft ist, gibt es laut dem Veranstalter Kellerkind auch keine Tages- oder Abendkasse. **Sabine Websada**

Drugs und Rock'n'Roll gab es mal, Hasch und Elektromusik gibt es nicht: Wenn Ende Juli am Garchingsee das Festival „Schall im Schilf“ steigt, wird es rund um das Gelände eine Bannmeile von einem Kilometer geben. In dieser darf weder Alkohol getrunken noch Cannabis konsumiert werden. Geregelt ist das Abstinenz-Gebot durch eine Allgemeinverfügung, die der Hauptausschuss des Stadtrats am Donnerstagabend mehrheitlich beschlossen hat.

Garching folgt damit der Vorgabe von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU), wonach Cannabis in Biergärten, auf Volksfesten, der Wiesen und im Englischen Garten in München nichts zu suchen haben soll. Der Grünen-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat, Hans-Peter Adolf, nannte die Entscheidung seiner Kollegen in der Sitzung am Donnerstag „späßbremerisch“. Dass die Universitätsstadt die Söder-Linie mit der Allgemeinverfügung unterstützt, finde er fragwürdig. Adolf stimmte als Einziger dagegen.

Die Stadtverwaltung begründet die Bannmeile um das Festivalgelände etwa damit, dass man mit einem Alkoholverbot außerhalb der Absperrung die Scherbenhaufen und das Müllaufkommen eindämmen wolle, um dem städtischen Bauhof da-